

## Pressemitteilung

### **CDU-Ratsfraktion kritisiert „Verwaltungsresümees“ als einseitiges Wahlkampfmanöver**

Nettetal, 2. Juli 2025 – Die CDU-Ratsfraktion zeigt sich irritiert über die neuerlich in mehreren Fachausschüssen des Stadtrates aufgenommenen Tagesordnungspunkte mit dem Titel „Verwaltungsresümee“. Unter diesem Begriff stellt die Stadtverwaltung Projekte und Maßnahmen vor, die ursprünglich auf politische Initiativen – vielfach aus den Reihen der CDU – zurückgehen, nun jedoch einseitig als eigene Leistungen der Verwaltung dargestellt werden.

„Diese verkürzte und verzerrte Darstellung bereits umfassend beratener Projekte, bei denen politische Anträge, Diskussionen und Begleitungen eine zentrale Rolle spielten, ist aus unserer Sicht nichts anderes als parteilich motivierter Wahlkampf – zulasten der politischen Transparenz“, erklärt die CDU-Fraktion. „Es entsteht der Eindruck, als wolle sich der amtierende Verwaltungschef und Bürgermeister kurz vor der Kommunalwahl einseitig in Szene setzen.“

Ein besonders aufschlussreiches Beispiel sei die Darstellung zur Einführung der Feierabendmärkte. Hier wird öffentlich der Eindruck erweckt, es handele sich um eine Idee der Verwaltung – obwohl die Initiative nachweislich auf einen Antrag der CDU-Ratsfraktion zurückgeht.

„Dieses Vorgehen ist aus unserer Sicht ein durchschaubarer, trickreicher Missbrauch der verbleibenden Gremiensitzungen vor der Wahl“, so die CDU weiter. „Wir haben daher in den bisherigen Ausschusssitzungen jeweils gemäß § 15 der Geschäftsordnung des Rates beantragt, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen – und werden dies auch in den noch anstehenden Sitzungen tun.“ Lediglich die FDP habe sich dieser Einschätzung bislang angeschlossen.

Darüber hinaus stellt die CDU-Fraktion die Frage, wer konkret den Auftrag zur Erstellung dieser Resümees erteilt hat – denn in den vergangenen Ratsperioden habe es eine solche Praxis nicht gegeben. „Die dafür eingesetzte Arbeitszeit und personellen Ressourcen hätte man besser für den direkten Dienst am Bürger einsetzen sollen“, so die Fraktion abschließend.